

# Wird man aus dem Blackout in Spanien lernen?

geschrieben von AR Göhring | 12. April 2026

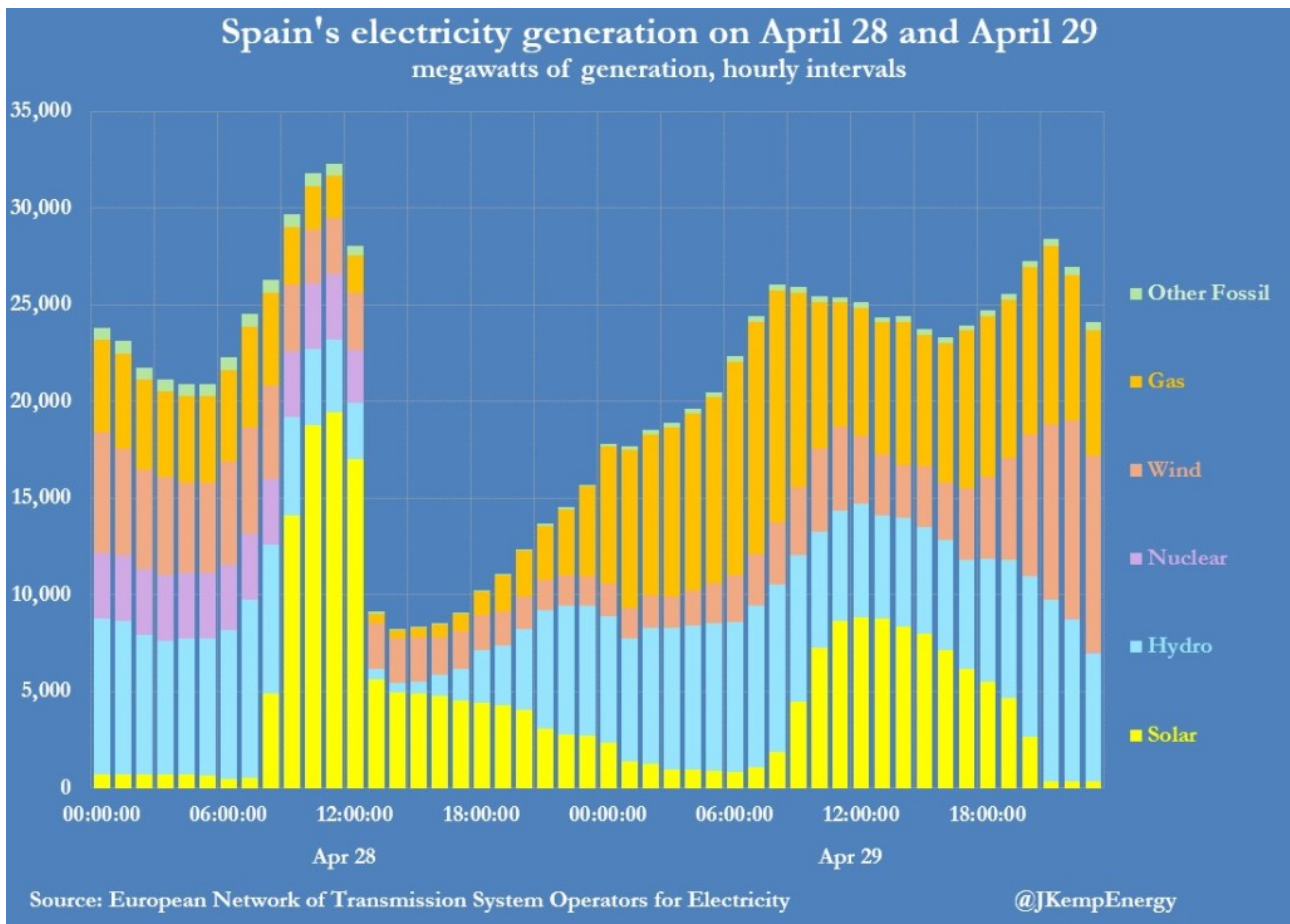
## Sozialisten wollen die heilige Kuh „Erneuerbare“ aus dem Schußfeld nehmen

von Edgar L. Gärtner

Bald begehen wir in Europa einen unrühmlichen Jahrestag. Am 28. April vor einem Jahr ging auf der iberischen Halbinsel um die Mittagszeit fast gar nichts mehr. Aufzüge und Beleuchtungen in Hochhäusern, Klimaanlage, Operationssäle in Krankenhäusern und andere lebenswichtige Anlagen warn plötzlich ohne Strom. Der Blackout hielt fast zwölf Stunden an und forderte nach seriösen Schätzungen an die 150 Menschenleben, was die sozialistische Regierung Spaniens unter Pedro Sánchez in dieser Höhe nicht bestätigen will. Die Fachleute sprechen vom folgenreichsten Stromausfall in Europa seit 20 Jahren. (Ich habe im vergangenen Jahr hier bei EIKE darüber berichtet.)

Was war passiert? An diesem sonnenreichen Frühlingstag war die Leistung der inzwischen in Spanien Landschaften prägenden großflächigen Fotovoltaik-Anlagen, die größtenteils nicht regelbar sind, gegen Mittag auf fast 18.000 Megawatt hochgeschneit. Das waren über 60 Prozent des damaligen gesamten spanischen Strombedarfs. Gleichzeitig trugen dort Windkraftanlagen zu über 12 Prozent zur Elektrizitätsproduktion bei – mehr als die wenigen im Betrieb verbliebenen Kernkraftwerke, deren Anteil nur noch 11,6 Prozent erreichte. Hinzu kamen noch über 5 Prozent thermische Solarenergie und einige Wasser- und Gaskraftwerke. Doch um 12h23 brach das Netz zusammen.

Entscheidend für den Zusammenbruch des Elektrizitätsnetzes war nach Ansicht André Merlins, des Gründungs-Direktors des französischen Netzbetreibers RTE, der übermäßige Anteil unregelter Photovoltaik. Denn um im Netz Platz zu schaffen für den kurz vor Mittag exponentiell ansteigenden Solarstrom, regelten die Ingenieure die verbliebenen Gas- und Wasserkraftwerke und möglicherweise auch die Kernkraftwerke maximal herunter. Doch dann kam es im Netz zu heftigen Fluktuationen von Frequenz und Spannung und in deren Folge zu einem plötzlichen Leistungsabfall. Die verbliebenen rotierenden trägen Massen der Generatoren der Kern-, Wasser- und Gaskraftwerke konnten diesen Leistungsausfall der großflächigen Solarkraftwerke nicht abfangen. Das von der Vereinigung der europäischen Elektrizitäts-Transportnetz-Betreiber ENTSO-E erst im März 2026 in einem dicken Bericht mit großer Verspätung publizierte Diagramm zeigt, was am 28. April 2025 passiert ist.



von ENTSO-E

***Diese von ENTSO-E gelieferte Grafik zeigt, dass der überproportional hohe Anteil unregelter Photovoltaik im spanischen Strommix bei schnellen Leistungsschwankungen nur begrenzt durch regelbare Kraftwerke und rotierende Massen stabilisiert werden kann.***

Dieses Diagramm lässt zwei unterschiedliche Interpretationen zu, die aber beide zeigen, dass der übergroße Solaranteil am spanischen Strom-Mix für den Zusammenbruch des Netzes verantwortlich war. Um die „Erneuerbaren“ aus dem Schussfeld zu nehmen, wiesen Pedro Sánchez und seine Getreuen auf das plötzliche Aufkommen von Wolken und die damit verbundene Frequenz- und Spannungsfluktuation hin. Manche gingen dabei gar so weit, den Klimawandel dafür verantwortlich zu machen. Als Abhilfe hat die sozialistische Regierung folglich Investitionen in Stromspeicher von fast einer Milliarde Euro angekündigt.

Eine Enquête des spanischen Senats bestätigte dagegen zwar den raschen Wechsel von Frequenz und Spannung um die Mittagszeit, wies aber anhand des ENTSO-E-Reports darauf hin, dass das zu geringe Gewicht der Trägheit rotierender Massen für den Zusammenbruch des spanischen Elektrizitätsversorgungsystems verantwortlich war. Dem könnten nur Investitionen in nukleare und fossile Kraftwerke abhelfen. Das mühsame Wiederhochfahren des spanischen Netzes erfolgte in der Tat mithilfe der

Einspeisung französischen Nuklearstroms über die Kopplungsstelle im Baskenland und eine zweite Kopplungsstelle in Katalonien. Auf sich gestellt hätten die Spanier dafür viel länger gebraucht.

Den unbezweifelbaren Beleg für die zweite Erklärung lieferte schließlich die Aufzeichnung der Dialoge zwischen den Dispatchern des spanischen Netzbetreibers Red Electrica de España (REE), die gegen den Widerstand der Sozialisten vom spanischen Parlaments-Magazin Demócrata veröffentlicht und vom spanischen Senat übernommen wurden. Spanien müsste danach wieder zurückkehren zu einem System der Elektrizitätsversorgung, dessen Rückgrat herkömmliche Kraftwerke mit Generatoren bilden.

Am 28. Januar dieses Jahres geriet das spanische Stromnetz schon wieder an den Rand des Zusammenbruchs, als der herannahende Orkan „Kristin“ die rasche Abschaltung aller Windräder notwendig machte. Durch den Vorfall Ende April 2025 vorgewarnt, fuhren die Dispatcher rechtzeitig Gasturbinen und koppelten industrielle Großverbraucher ab. Im Vergleich zur herkömmlichen Elektrizitätsversorgung mithilfe von Großkraftwerken bleibt das System der „Erneuerbaren“ also höchst störanfällig.

Dennoch setzen die Regierungen von Spanien, Frankreich und Deutschland weiterhin auf den massiven Ausbau der „Erneuerbaren“. Angesichts der durch den Krieg gegen den Iran heraufbeschworenen Energiekrise verbreiten sie mit Nachdruck die Illusion, damit die Abhängigkeit von Öl und Gas aus dem Nahen Osten oder aus Rußland verringern zu können. Zwar hat Ursula von der Leyen als Präsidentin der EU-Kommission vor wenigen Wochen öffentlich den Ausstieg aus der verlässlichen und sauberen Kernenergie bedauert. Aber die EU-Kommission fährt fort, dem französischen Staatskonzern EDF auf Druck der schwarzroten deutschen Bundesregierung bei der Finanzierung des Baus neuer Kernreaktoren Steine in den Weg zu legen. Und sie hat noch immer nicht entschieden, das Fracking der eigenen bedeutenden Schiefergasvorräte zuzulassen. Stattdessen versucht man, den Europäern Gasheizungen zu verbieten. So bleibt es bis auf Weiteres offen, ob Westeuropa aus dem tödlichen Blackout vom 28. April 2025 wirklich etwas lernen wird.

---

## **Woher kommt der Strom? erhebliche Windflaute**

geschrieben von AR Göhring | 12. April 2026

# 13. Analysewoche 2026 von Rüdiger Stobbe

Am [Montag](#) der [aktuellen Analysewoche](#) kommt es zu einer erheblichen Windflaute. Dieser Tag ist beispielhaft für die Probleme, die eine Energiewende mit sich bringt, in der praktisch keine Energie für die Deckung der Grundlast Deutschlands zur Verfügung stünde. Wenn nach Abschaltung der letzten grundlastfähigen Kohlekraftwerke die angekündigten, aber noch nicht mal ausgeschrieben Gaskraftwerke fehlen. Halt, halt rufen unsere Freunde der Energiewende dazwischen. Bis dahin haben wir die Erneuerbaren doch bereits massiv weiter ausgebaut. So plant die Bundesregierung aktuell 2.000 zusätzliche Windkraftanlagen bis zum Jahr 2030. Aber nicht nur das. Auch die Stromerzeugung mit PV-Anlagen, auch Biomasse- und Wasserkraftstromerzeugung wird im Prognosemodell von Agora-Energiewende dargestellt. Für den Montag sähe die Stromerzeugung bei einem [Ausbau der Erneuerbaren auf rechnerische 86 Prozent so aus.](#) Zum Vergleich noch mal der echte, der [aktuelle Chart von Agora Energiewende vom 23.3.2026](#). Die PV-Stromerzeugung übertrifft in der Prognose zur Mittagszeit den Bedarf bei weitem, so dass mit negativen Preisen zu rechnen wäre. Ansonsten – und das ist das Entscheidende – wird die Windstromerzeugung nur ein ganz klein wenig stärker. Kurz gesagt: Es können so viele Windkraftwerke vorhanden sein, wenn der Wind kaum weht, gibt es kaum Strom. Und sofort sei dabei gesagt, dass es keine Speichermöglichkeiten gibt, noch jemals geben wird, um den fehlenden Strom auch nur annähernd zu ersetzen. Diese Aufgabe müssen fossile Backup-Kraftwerke übernehmen. Sonst gehen die Lichter aus. Alles andere ist dummes Gerede.

Ab Dienstag baut sich ein [Windbuckel](#) auf, der sich dann langsam wieder abbaut und Freitagmorgen in einem Windloch endet. Zum [Wochenende](#) herrscht unregelmäßige Windstromerzeugung auf niedrigem Niveau. Sonntag zieht die Windstromerzeugung ab Mittag wieder an, um einen – Achtung Spoileralarm – wind- und PV-stromstarken Montag der Folgewoche einzuleiten.

Die Strompreise sinken über die Mittagsspitze jeden Tag ab. Sie erreichen an vier Tagen die Null-Linie. Selbstverständlich wird [zu diesen Zeiten viel Strom vom Ausland eingekauft](#). Dann, wenn von Deutschland Strom benötigt wird, exportieren Deutschlands Nachbarn den Strom zurück und verdienen an der Preisdifferenz gutes Stromkundengeld. Die Strompreise werden wegen der kriegerischen Auseinandersetzungen im Nahen Osten, der Ukraine und im Iran tendenziell steigen. Die preistechnischen Hintergründe (Merit-Order-Prinzip) erklärt [Marie Droste bei WELT-TV](#). Der konkrete Strompreis schwankt an der Strombörse wegen des Prinzips Angebot und Nachfrage. Deshalb ist es für viele Verbraucher sinnvoll, den konkreten Strompreis konkreter Stromhändler mittels eines Vergleichsprogramms herauszufinden und das für ihn passende Angebot zu zeichnen. So hat der Stromkunde für eine gewisse Zeit keine Preissorgen.

Gleiches gilt für den Gaspreis. Tendenziell werden Gas und Strom teurer werden und den Verbraucher belasten. Verträge laufen aus; dann muss man nehmen, was aktuell angeboten wird. Denn ohne Gas und Strom läuft in Deutschland, läuft in der zivilisiert-entwickelten Welt nichts! Und sei es Gas aus Flaschen und Strom aus Generatoren. Energie ist für die Menschen (über)lebensnotwendig.

Einen [Überblick über die wichtigsten Aspekte](#) der 13. Analysewoche 2026 gibt Agora Energiewende. Agora Energiewende erstellt auch Prognosen, wie die Stromerzeugung aussehen würde, wenn die Erneuerbaren einen bestimmten Ausbaugrad erreicht hätten. Wir nehmen wie bereits oben für den Montag den Ausbaugrad 86 Prozent und müssen feststellen, dass der weitere Ausbau nur zu einer massiven Stromüberzeugung über die Mittagsspitze mit oft negativen Preisen führen wird.

## Was ist Kraftwerks-Leistung? Was ist Energie?

Gigawatt (GW) ist eine Einheit für Leistung, also für die maximale Fähigkeit eines Kraftwerks, Strom zu erzeugen. Gigawattstunden (GWh, TWh) sind eine Einheit für Energie, also für die tatsächlich produzierte Strommenge über eine bestimmte Zeit. Die Beziehung ist einfach: Energie = Leistung × Zeit. Ein Kraftwerk mit 1 GW Leistung erzeugt bei Volllast theoretisch maximal:  $1 \text{ GW} \times 8.760 \text{ h} = 8,76 \text{ TWh}$  pro Jahr. Wie viel elektrische Energie tatsächlich entsteht, bestimmt beim Kohle-, Gas- oder Kernkraftwerk im weitesten Sinn der Mensch über die Brennstoffzufuhr und Zufuhrdauer. Die Energie für eine Stunde wird üblicher- und für den Normalbetrachter irreführenderweise mit GW bezeichnet. Die manchmal verwendete Schreibweise „GWh pro Stunde“ ist nur eine umständliche Form von GW – mathematisch kürzt sich die Stunde („h“ und „pro Stunde“) weg.

## Sonderfall Wind- und Solarkraft

Bei Wind- und Solarkraft bestimmt nicht der Betreiber, sondern das Wetter die Strom-Produktion. Eine 5-MW-Windkraftanlage könnte theoretisch 43,8 GWh/Jahr erzeugen, liefert an Land aber realistisch in Deutschland nur etwa 20 Prozent davon (auf See 40 bis 50 Prozent), also rund 8,8 GWh/Jahr – im Mittel 1 MW-Dauerenergie. Bei Solarpaneelen mit ebenfalls 5 MW installierter Leistung halbieren sich die Werte nochmals wegen verschiedener [Kapazitätsfaktoren](#): Nacht, Winter, flacher Sonnenstand, Bewölkung und Temperaturverluste.

## Tageswerte

Jeder Tag beginnt mit dem Überblick, den Agora-Energiewende zur Verfügung stellt. Die smard.de-Charts und -Tabellen ermöglichen vielfältige Analysen. Erkunden Sie das Potenzial.

- [Montag, 23.3.2026](#)

Fast keine Windstromerzeugung. [PV-Stromerzeugung](#) frühlingshaft stark. Die [Strompreise](#).

- [Dienstag, 24.3.2026](#)

[Windbuckel wird aufgebaut](#). Weniger PV-Strom. Die [Strompreise](#).

- [Mittwoch, 25.3.2026](#)

Der Windbuckel wird abgebaut. PV-Stromerzeugung weiter schwach. Die [Strompreise](#).

[Donnerstag, 26.3.2026](#)

[Windstrom](#) nimmt weiter ab. Starke PV-Stromerzeugung. Die [Strompreise](#).

- [Freitag, 27.3.2026](#)

[Windstrom Tiefpunkt](#) der Woche ab Dienstag. Viel PV-Strom. Die [Strompreise](#).

- [Samstag, 28.3.2026](#)

Wenig Bedarf. [Windstrom leicht abnehmend](#). PV-Strom heute nicht ausreichend. Die [Strompreise](#).

- [Sonntag, 29.3.2026](#)

[Windstrom](#) und PV-Strom erreichen mit den übrigen Erneuerbaren die Bedarfslinie diese Woche so gerade. Deshalb leichte Negativpreise. Sie sind auch die Folge des fossilen Netzstabilisierungsstroms, der als Systemdienstleistung vergütet wird. Die Strom aus Kraftwerken mit großen Schwungmassen kommt immer noch hinzu, auch wenn die Erneuerbaren bereits „reichen“, um den Bedarf zu decken! Die [Strompreise](#).

*Die bisherigen Artikel der Kolumne „Woher kommt der Strom?“ seit Beginn des Jahres 2019 mit jeweils einem kurzen Inhaltsstichwort finden Sie [hier](#). Noch Fragen? Ergänzungen? Fehler entdeckt? Bitte Leserpost schreiben! Oder direkt an mich persönlich: [stromwoher@mediagnose.de](mailto:stromwoher@mediagnose.de). Alle Berechnungen und Schätzungen durch Rüdiger Stobbe und Peter Hager nach bestem Wissen und Gewissen, aber ohne Gewähr.*

Ab Ausgabe 1/2026 bilden die öffentlichen Analyseseiten [smard.de](#), [Agora Energiewende](#) und [Energy-Charts](#) die Datengrundlage dieser Kolumne. [Stromdaten.info](#) läuft aus.

---

# **Beweise gegen den „Hockeyschläger“: Antarktis im Mittelalter eisärmer – Klimaschau 255**

geschrieben von AR Göhring | 12. April 2026

Eine im Jahr 2025 erschienene Studie in „Nature Communications“ des Teams um Jamie Wood aus Australien untersuchte den historischen sedimentären DNA-Gehalt von See-Elefanten der antarktischen Küstengebiete und kam zu dem Schluß, daß die Eisgrenze um das Jahr 1.000 erheblich weiter im Inland lag als heute. Dieses Ergebnis ist ein Hinweis auf hohe mittlere Temperaturen im Hochmittelalter und widerspricht damit der sogenannten „Hockeyschläger“-Theorie der offiziellen Klimaforschung.

---

# **Die Bundesregierung verpulvert weiter Milliarden für die grüne Energiewende – von Fritz Vahrenholt**

geschrieben von AR Göhring | 12. April 2026

Die globale Temperatur ist im März 2026 gegenüber Februar etwa gleichgeblieben – siehe die Satellitenkurve von Roy Spencer im Titel. Sie liegt nun um 0,38 Grad Celsius höher als das langjährige Mittel. Der Abkühlungstrend neigt sich dem Ende und es deutet sich ab Herbst ein El-Nino an, der die globalen Temperaturen im nächsten Jahr erhöhen wird. El Niño ist eine natürliche zyklische Erwärmung des tropischen Pazifiks, die sich alle 3-5 Jahre ereignet. Das hat zwar nichts mit CO<sub>2</sub> zu tun, aber wir werden erleben, wie Politik und Medien die steigenden Temperaturen zum Anlass nehmen werden, ihren fatalen Weg der Energiewende damit weiter zu begründen.

Dieses weiter so dokumentiert das von der Bundesregierung beschlossene Klimaschutzprogramm, das Ende März von Umweltminister Schneider vorgestellt worden ist.

## **„Diese Energiewende bringt uns um“**

Vier Tage vor der Landtagswahl in Rheinland-Pfalz fand Bundeskanzler Friedrich Merz in Trier folgende Worte: „Diese Energiewende, wenn wir

sie jetzt nicht korrigieren, bringt uns um. Sie ist zu teuer geworden. Es ist der falsche Weg, man kann nicht nur alles mit Sonne und Wind machen“. Du meine Güte ! Das schreibe ich seit fünfzehn Jahren. Aber warum lässt der Kanzler dann alles so weiterlaufen?

Zwei Wochen später beschloss die Bundesregierung das Klimaschutzprogramm 2026. Umweltminister Schneider konnte stolz verkünden, dass 8 Milliarden € ausgegeben werden, um 25 Millionen t weniger CO<sub>2</sub> in 2030 auszustoßen. Das Geld wird zum Fenster hinausgeworfen als hätten wir keine Haushaltsprobleme: Denn dividiert man die Zahlen, kommt man auf die horrenden Zahl von 320 € pro t reduzierten CO<sub>2</sub>. Der CO<sub>2</sub>-Zertifikate-Preis liegt im Augenblick bei 72,60 €. Das Klimaschutzprogramm veranlasst also Maßnahmen, die viermal teurer sind als der heutige CO<sub>2</sub>-Preis.

Und in Wirklichkeit liegen die Kosten für das Programm noch dramatisch höher, da die Folgekosten der weiteren Wind- und Solarsubvention nicht berücksichtigt worden sind. Die Diskrepanz zwischen Worten des Kanzlers und den Taten der Bundesregierung wird auch an folgender Bemerkung des Umweltministers deutlich:

„Es ist uns als Bundesregierung gelungen, dieses Programm ohne größeren Streit zu erarbeiten“.

Also kein Streit mit dem Kanzleramt oder mit dem Wirtschaftsministerium, das sagt uns: Im Geld ausgeben zu Lasten der Bürger ist man sich einig. Ich zeige Ihnen jetzt, um wieviel Geld es wirklich geht, in dem ich einen Punkt aus dem Klimaschutzprogramm herausgreife: die zusätzliche Ausschreibung von 12.000 MW Windkraft ab 2027, was 2.000 Windkraftanlagen entspricht.

#### **Mehr Windkraftausschreibungen erhöhen den Zuschlagswert**

Noch im Erneuerbaren-Energie-Gesetz (EEG) der grünen Ampel war das Ziel festgelegt worden, bis 2030 115 000 MW Windkraft zu erreichen. Dazu sollten jedes Jahr

10.000 MW Windkraft ausgeschrieben werden, die maximal 7,25 €/kWh an Einspeisevergütung bekommen sollen. Am 31.3.2026 hatten wir einen Stand von 69.000 MW Windkraft in Deutschland. Um ja nicht das Ziel von rot-grün-gelb zu verfehlen, hat die Bundesregierung nun die Ausschreibungsmenge um 12000 MW insgesamt erhöht. Das führt aber zu mehr Anlagen mit höherer Vergütung. Denn bislang gab es mehr Anträge als 10.000 MW im Jahr, so dass die höchsten Zuschlagswerte wegfielen. Dadurch waren die Zuschlagswerte deutlich niedriger als 7,25 €/kWh. Mit der Mengenausweitung wird es Projektierern wieder eher möglich, ihre Gebote so nahe wie möglich am Höchstwert zu platzieren, weil ja nahezu alles was beantragt wird, bedient wird.

#### **Mehr Windkraftausschreibungen erhöhen die Zuzahlungen aus dem Bundeshaushalt**

Es gibt aber noch einen zweiten kostentreibenden Effekt der Mehrausschreibung von 12.000 MW Windkraft. Mehr Windkraftanlagen im Bestand senken zusätzlich den Börsenstrompreis dann, wenn es Wind gibt. Dann bekommt der Betreiber die Differenz zwischen Börsenpreis, der dann öfter nahe Null sein wird, und seinem Gebotspreis von bis zu 7,25

€ct/kWh aus dem Bundeshaushalt ersetzt.

Höherer Zuschlagswert und häufigere Zuzahlung wegen niedrigem Börsenpreis führen zu höherer Subvention aus dem Bundeshaushalt. Dr. Christoph Canne von Vernunftkraft hat das ausgerechnet: es führt zu einer Zusatzsubvention von 8 Milliarden € über die nächsten 20 Jahre. Darüber verliert Minister Schneider kein Wort.

### **So machen es die Schildbürger: Windkraftanlagen dorthin, wo kein Wind weht**

Er verbirgt sich im Klimaschutzprogramm zur Windenergie noch ein weiterer Anschlag auf den Bundeshaushalt. Bundesminister Schneider möchte, dass mehr Windenergie im Süden Deutschlands platziert wird:

„Das Referenzertragsmodell wird zu einer regional ausgewogenen Verteilung insbesondere auch für Windenergie im Süden beitragen“

(Klimaschutzprogramm 2026, S.24). Was so harmlos klingt, kostet weitere zusätzliche Milliarden und ist ein Verstoß gegen die Koalitionsvereinbarung, in der es noch hieß, dass das man das Erneuerbare Energie Gesetz überprüfen will „auf Kosteneffizienz unter anderem hinsichtlich unwirtschaftlicher Schwachwindstandorte“.

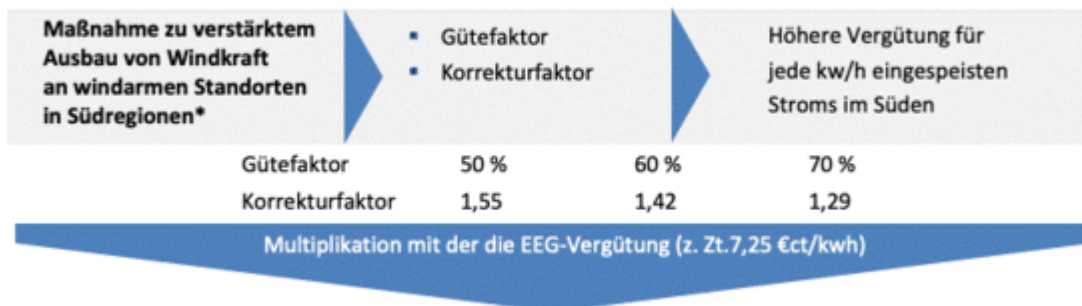
Worum geht es? Im Erneuerbaren-Energie-Gesetz (EEG) hatte Robert Habeck den § 36h hinzugefügt. Weil mit der normalen EEG-Vergütung niemand auf die Idee käme, im windschwachen Bayern, Baden-Württemberg, Südhessen und südlichen Rheinland-Pfalz ein Windkraftwerk zu errichten, weil es sich nicht rechnet, wurde ein Korrekturfaktor ins Gesetz eingebracht, der die EEG-Vergütung für den Süden auf das 1,55-fache erhöht, wenn der Wind nur 50 % des bundesdeutschen Referenzstandortes ausmacht. Wenn es nur 60 % sind, erhöht sich der Zuschlag um „nur“ das 1,42-fache, bei 70 % das 1,29-fache. Es ist wie bei den Schildbürgern: dort, wo wenig Wind ist, ist Windenergie besonders unwirtschaftlich und deswegen bezahlt der Steuerzahler mehr.

Der Referenzstandort für große Anlagen in Deutschland liegt bei etwas über 3000 Volllaststunden im Jahr. In Bayern und Baden-Württemberg beträgt er im Durchschnitt etwa 50 -70 %, der Durchschnitt dürfte bei 60 %, also etwa 2000 Volllaststunden liegen. Für diese eigentlich unwirtschaftlichen Standorte wird dann bis zu 1,42 mal 7,25 €ct/kWh, das sind 10,3 €ct/kWh gezahlt. Der durchschnittliche Marktwert für Windenergie an Land war im letzten Jahr 7,44 €ct/kWh. Die Differenz in zwischen 10,3 und 7,44 €ct/kWh ist 2,86 €ct/kWh. Eine 6MW-Anlage macht bei 2.000 Volllaststunden 12 Mio. kWh. Das ergibt im Jahr ein Subventionsbedarf von 343 200 € pro Anlage. Bei 2000 Anlagen sprechen wir von 686,4 Millionen € im Jahr mit einer 20Jahres-Garantie. Das macht dann über 20 Jahre 14 Milliarden € aus.

Dies Geld kommt aus dem Klimaschutzfonds, der mit dem Geld der Bürger und der Betriebe aus den CO<sub>2</sub>-Abgaben auf Gas, Öl, Benzin und Strom gespeist wird.

Diese Tricks zu Lasten der Bürger war man von der Ampel gewohnt, die Bundesregierung macht da munter weiter. Nur der Freistaat Bayern macht das Loch noch größer. Auf Antrag der Landesregierung Bayern, eingebracht vom Bundesvorsitzenden der Freien Wähler, dem Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger, hat der Bundesrat am 27.März beschlossen, schon in diesem Jahr die Ausschreibungsmenge um weitere 5000 MW Windkraft zu erhöhen, so dass alle, die bislang bei der Ausschreibung wegen zu hohen Preisen zu kurz gekommen sind, noch in diesem Jahr in den Genuss der EEG-Subvention kommen sollen. Das ist Wind-Lobbyismus auf Kosten der Steuerzahler pur. Aber zugestimmt haben **alle** Bundesländer außer Sachsen. Letztere haben sich wenigstens enthalten.

### Umweltminister Schneider: Subvention 2000 zusätzlicher Windkraftanlagen in windarmen, süddeutschen Regionen



- In Süddeutschland kostet der Windstrom **bis zu 10,3 €ct/kwh**.
- Eine **6 MW-Anlage** wird über 20 Jahre mit **etwa 6,9 Millionen €** subventioniert.
- **2000 Anlagen in Schwachwindgebieten: 14 Milliarden €** Subventionen über 20 Jahre.

\*EEG 2023 (§ 36h)

### Die Märchenerzähler von Berlin

Um die verfehlte Energiewende weiter fortsetzen zu können, scheut sich die Bundesregierung auch nicht davor, die Unwahrheit zu verbreiten. In der Einleitung des Klimaprogramms 2026 (S.12) begründet sie die Maßnahmen des Programms mit dem Pariser Klimaabkommen:

„**Bis Mitte des Jahrhunderts** soll die globale Bilanz der Treibhausgasquellen – und senken ausgeglichen sein“.

Im Pariser Klimaabkommen heißt es aber in Artikel 4, dass „**in der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts** ein Gleichgewicht zwischen den anthropogenen Emissionen von Treibhausgasen aus Quellen und dem Abbau solcher Gase durch Senken ... herzustellen“ ist.

Die zweite Hälfte des Jahrhunderts heißt zwischen 2051 und 2099. Das war damals so formuliert worden, weil Indien erklärt hatte, nicht vor 2070, und China nicht vor 2060, ein solches Ziel erreichen zu wollen. Die EU will 2050 treibhausgasneutral sein. Die USA und Argentinien wollen überhaupt kein Ziel in diesem Jahrhundert festlegen.

Warum in aller Welt fälscht die Bundesregierung den Text des Pariser

Abkommens in ihren offiziellen Dokumenten, um in Abweichung von Paris bereits 2045 treibhausneutral zu werden?

Da wird man als Antwort hören: Das Bundesverfassungsgericht hat uns aufgegeben, 2050 klimaneutral zu werden. Das war zwar falsch und naturwissenschaftlich höchst fragwürdig, aber kein Bundesverfassungsgericht würde die Bundesregierung daran hindern, anstatt 2045 die Zahl 2050 ins Klimaschutzgesetz zu schreiben. Und schon hätten wir heute eine Gnadenfrist von 5 Jahren gewonnen, um der höchstbedrängten Industrie und den durch CO<sub>2</sub>-Steuern abkassierten Bürgern Luft zu verschaffen. Ein fünfjähriges Moratorium für die europäischen und deutschen Klima-Sonderlasten würde unmittelbar ein neues Wirtschaftswunder entfachen!

Doch Kanzler Merz hatte es im März 2025 für nötig befunden, mit Hilfe von Grünen und Linken(!) die Jahreszahl 2045 in das Grundgesetz, Artikel 143 h, zu schreiben. Und diese Zahl wieder zu ändern, ist schwierig, weil SPD, Grüne, Linke auf absehbare Zeit eine Sperrminorität von 25 % zustande bringen werden.

Das Klimaschutzgesetz auf die Zahl 2050, und damit wieder auf EU – Norm hoch zusetzen, ist durch diese Operation nicht einfacher geworden. Unabhängig hiervon könnte und müsste sich die Bundesregierung den Nationen Italien, Tschechien, Polen, Belgien, Ungarn und Griechenland anschließen, die die CO<sub>2</sub>-Bepreisung für die nächste Zeit aussetzen wollen. Die Bundesregierung könnte ohne weiteres bis 2028 die Verteuerung von Gas, Öl, Benzin und Diesel durch die CO<sub>2</sub>-Steuer aussetzen und damit ein beispielloses Konjunkturprogramm entfachen. Wenn überhaupt soll es hierfür erst 2028 einen europäischen CO<sub>2</sub>- Emissionshandel geben. Die Bundesregierung könnte sofort das Fracking-Verbot für Deutschland aufheben, was zu einer Reindustrialisierung Deutschlands führen würde. Die Bundesregierung könnte das Kernkraftverbot aufheben. Die Bundesregierung könnte sofort den Kohleausstieg bei noch 27 großen Kohlekraftwerken beenden oder aufschieben. Zwar liebäugelt Bundeskanzler Merz mit einer Verschiebung des Kohleausstiegs, aber sein Parteikollege Ministerpräsident Wüst hat sich in NRW feiern lassen, dass er die rheinischen Braunkohlereviere, die noch hunderte Jahre Energie liefern könnten (und zwar für Strom und für Kraftstoffe aus Kohle, wie es Helmut Schmidt in den siebziger Jahren untersuchen liess) mit Rheinwasser volllaufen lassen will, um somit den nächsten Generationen diesen Kohlenstoffschatz unwiederbringlich zu zerstören. Wir haben zu viele grüne Zerstörer an den Schalthebeln der Politik, die das Parteibuch von CDU und SPD haben. Es liegt an uns, den Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes, auch in den Wahlkabinen zum Ausdruck zu bringen, dass wir mit dieser Politik nicht einverstanden sind.

---

# Wie wird mit CO<sub>2</sub>-Emissionshandel Kasse gemacht?

geschrieben von AR Göhring | 12. April 2026

***Das Geld ist nicht weg – es haben jetzt nur andere.***

**Die Phase 4 des europäischen Emissionshandelssystems wurde gestartet – was bedeutet das für deutsche und andere EU-Bürger?**

**Kontrafunk interviewt EIKE zum Thema Emissionshandel:**

[https://eike-klima-energie.eu/wp-content/uploads/2026/04/20260403\\_Kontrafunk\\_aktuell\\_Interview\\_Dr\\_Axel\\_Robert\\_Goehring.mp3](https://eike-klima-energie.eu/wp-content/uploads/2026/04/20260403_Kontrafunk_aktuell_Interview_Dr_Axel_Robert_Goehring.mp3)

Der Emissionshandel wird von Aktivisten und Politikern als eine kapitalistische und „elegante“ Methode der Lenkung und letztlich Reduktion der Freisetzung von Kohlenstoffdioxidgas aus Fabriken, Heizungen und Fahrzeugen beworben.

Das Grundprinzip ist schon lange vom Hochhausbau in New York oder Chicago bekannt: Die Verwaltung begrenzte die maximale Höhe der Wolkenkratzer, damit die Straßen nicht zu dunklen zugigen Meilen werden. Bleibt ein Bauherr unter der erlaubten maximalen Traufhöhe, kann er die Differenz an einen Nachbarn verkaufen, der diesen Differenzwert dann über die erlaubte Traufhöhe bauen darf. USA-typisch können diese Differenzwerte in Form von „Aktien“ an einer Börse gehandelt werden – Spekulation und Preisschwankungen inbegriffen.

Ein Potsdamer Klimaforscher, Ottmar Edenhofer, sagte 2010 zur NZZ in dem Zusammenhang recht ehrlich:

Zunächst mal haben wir Industrieländer die Atmosphäre der Weltgemeinschaft quasi enteignet. Aber man muß klar sagen: Wir verteilen durch die Klimapolitik de facto das Weltvermögen um. Dass die Besitzer von Kohle und Öl davon nicht begeistert sind, liegt auf der Hand. Man muss sich von der Illusion freimachen, dass internationale Klimapolitik Umweltpolitik ist. Das hat mit Umweltpolitik, mit Problemen wie Waldsterben oder Ozonloch, fast nichts mehr zu tun.

14. November 2010, NZZ am Sonntag

## CAP-and-Trade (CaT) – „Begrenze und verkaufe“

Das Wolkenkratzer-Prinzip wurde in Form von Verschmutzungsrechten auf die Klimaschutzpolitik übertragen: Es wird vom Staat eine begrenzte Menge von sogenannten „CO<sub>2</sub>-Zertifikaten“ festgelegt. Diese entsprechen einer politisch festgelegten Gesamtobergrenze der Emissionen („CAP“ – also englisch „Kappe“), die llmählich sinkt. Fabriken oder Kraftwerke, die Kohlendioxid ausstoßen, müssen Verschmutzungsrechte kaufen. Fabriken oder Kraftwerke, die wenig bis kein CO<sub>2</sub> ausstoßen, können Rechte verkaufen. In Deutschland geschieht der Handel an der **European Energy Exchange EEX** in Leipzig. „An der EEX werden Strom, Erdgas, CO<sub>2</sub>-Emissionsrechte, Frachtprodukte, Metalle und Agrarprodukte gehandelt...Die EEX befindet sich im City-Hochhaus am Augustusplatz in Leipzig.“ (Wiki)

Um die nicht geringen Kosten der Zertifikate zu verringern oder völlig einzusparen, sind die Firmen oder Konzerne gezwungen, ihre Produktionsmethoden zu verändern, damit weniger CO<sub>2</sub> freigesetzt wird. Man könnte zum Beispiel „erneuerbare Energiequellen“ EE wie eine Photovoltaikanlage aufs Fabrikdach bauen, um weniger „schmutzigen“ Strom aus Kohle- oder Gaskraftwerken beziehen zu müssen. Im Ergebnis erhält das Gas einen Marktpreis, mit dem das Management kalkulieren kann (und muß).

Die Aktivisten und Politiker versprechen sich von dieser CO<sub>2</sub>-Bepreisung

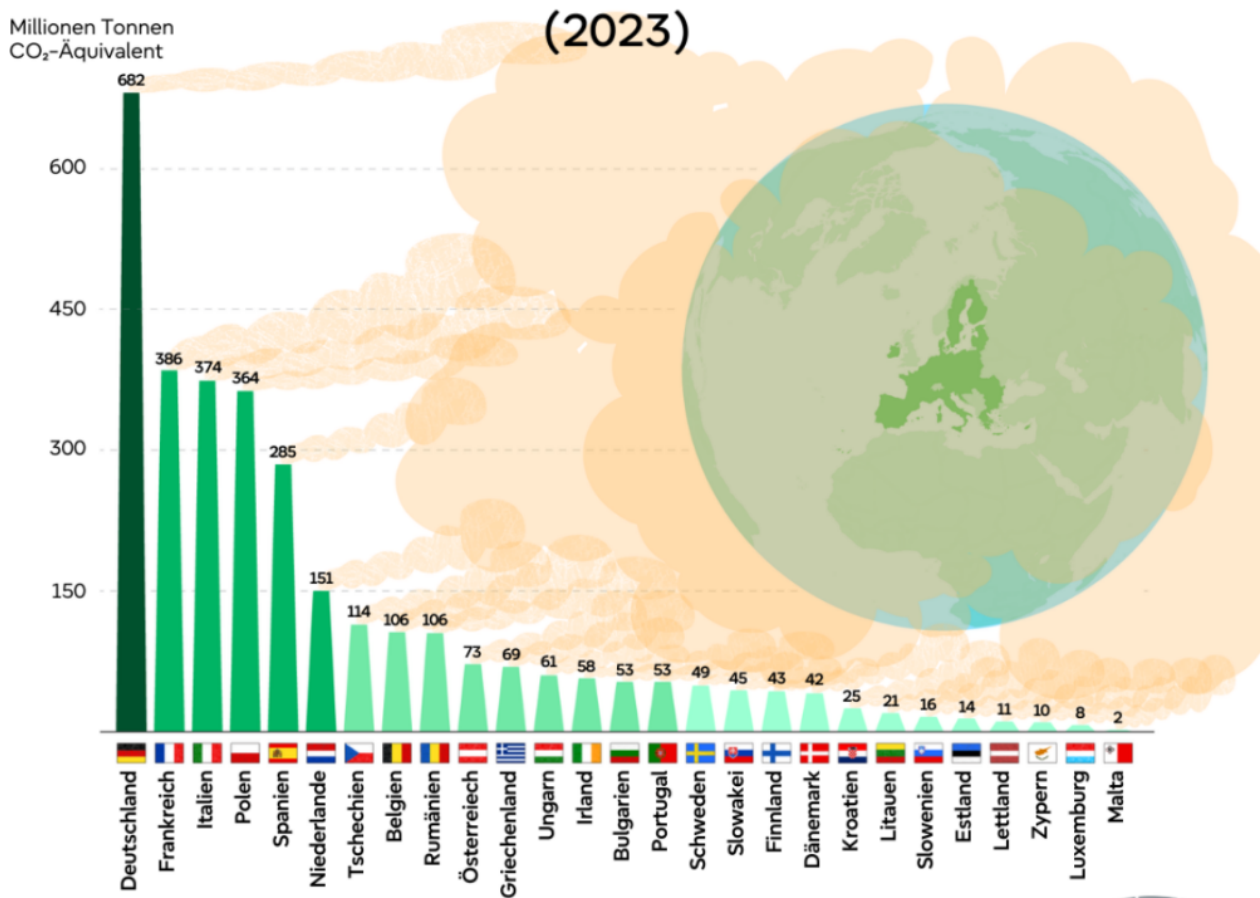
- (1) eine marktwirtschaftliche Flexibilität, um planwirtschaftlich-sozialistische Effekte („Ökosozialismus“) zu verhindern: Die Firmen können selbst entscheiden, ob und wieviele Klimazertifikate sie kaufen. Es entsteht also ein klassischer Markt (dessen Gesamtvolumen allerdings politisch-zentral festgelegt wird).
- (2) erhöhte Effizienz, weil zunächst dort Emissionen eingespart werden, wo es finanziell am günstigsten ist.

Problem, dargestellt an unserem Beispiel der Fabrik mit PV-Anlage: Scheint die Sonne nicht ausreichend, muß die Firma doch wieder ans öffentliche Netz, und erhält dort Strom von gasbetriebenen Ersatzkraftwerken, die bei Dunkelheit als zweite Infrastruktur zur Verfügung gestellt werden muß – ohne EE wäre nur eine einzige Infrastruktur nötig. Die Kosten der zweiten Infrastruktur werden über verschiedene Wege an die Steuerzahler und Verbraucher weitergereicht. Damit wird Vorteil (1) deutlich verringert oder gleich ad absurdum geführt, da die Manager wegen künstlich verknappter Energie aus volatilen Quellen (Wind, Sonne, auch Bioöl) weniger Handlungsspielraum haben.

Lösung für große und mittelständische Unternehmen: raus aus Deutschland, in Länder mit billigem Strom, und vor allem mit niedrigeren Klimastandards, zum Beispiel Ungarn. Diese Lösung wählen immer mehr deutsche Firmen – mit dem Ergebnis, daß der Gesamt-CO<sub>2</sub>-Ausstoß deutscher Produzenten im In- und Ausland STEIGT statt zu sinken. Genau das läßt

sich auch schon beobachten – die unterschiedlichen CO<sub>2</sub>-Monitore wie EDGAR zeigen Deutschland seit Jahren im Spitzenbereich „schmutziger“ Produktion – Schweden oder Frankreich hingegen, je nach Datenbank, dank Kernkraft im sauberen Bereich.

# Gesamte Treibhausgasemissionen pro EU-Mitgliedstaat



Die Daten für Frankreich enthalten Monaco; die Daten für Spanien enthalten Andorra; die Daten für Italien enthalten San Marino und Vatikanstadt.

Quelle: EDGAR – Emissionsdatenbank für die globale Atmosphärenforschung



<https://www.europarl.europa.eu/topics/de/article/20180301ST098928/treibhausgasemissionen-nach-landern-und-sektoren-infografik>

**Wird international frei gehandelt – oder gibt es nationale und regionale Märkte?**

Wären die CO<sub>2</sub>-Zertifikate eine „elegante marktwirtschaftliche“ Lösung, müssten die Zertifikate möglichst international und frei handelbar sein. Sind sie aber nicht – so hat die **Europäische Union** seit 2005 das

zentrale **EU-Emissionshandelssystem (ETS, engl. Emission Trading System)**, das Kraftwerke, Industrie und teilweise den Luftverkehr abdeckt.

**Deutschland** als Klima-Musterlandche hat zusätzlich ein nationales System für Wärme und Verkehr, das „Brennstoffemissionshandelsgesetz“. Das ist allerdings eine CO<sub>2</sub>-Steuer mit festgelegten Preisen, die erst in Zukunft handelbar werden sollen.

In den **USA**, unter Barack Obama und Joe Biden ebenfalls summarisch zwölf Jahre ein Klima-Musterstaat, gibt es kein nationales, sondern nur ein regionales System, das mehrere Bundesstaaten umfaßt, so die *Regional Greenhouse Gas Initiative* der **nordöstlichen Staaten**, die nur den Stromsektor betrifft. Im grün-verrückten **Kalifornien**, vor allem seit der Zeit Arnold Schwarzeneggers als Gouverneur, gibt es ein eigenes System, das „California-CAP-and Trade Program“.

**Großbritannien** hat nach dem Brexit ein nationales „UK Emissions Trading System“.

Auch **China**, das sich sonst gern von Klimaschutz-Verpflichtungen fernhält, hat mittlerweile das nach abgedeckten Emissionen weltgrößte Programm „Chinese National Emissions Trading System“ und begann mit dem Energiesektor, wird aber schrittweise erweitert.

#### **Was geschieht in der 4.Phase des EU-Emissionshandelssystems?**

In der 4. Handelsperiode zwischen 2021 und 2030 werden die Vorgaben noch weiter verschärft. Das Ziel besteht darin, die CO<sub>2</sub>-Emissionen noch schneller zu senken und den Preis für CO<sub>2</sub> stabil hoch zu halten. Da wir 2026 bereits die Halbzeit geschafft haben, können wir den Erfolg der 4.Phase beurteilen. Was ändert sich gegenüber 2021?

Die Gesamtmenge an Zertifikaten wird jedes Jahr stärker verringert, und der **lineare Reduktionsfaktor LRF\*** wurde erhöht (aktuell etwa 4% per anno). Um die EU-Industrie international wettbewerbsfähig zu halten, gibt die EU teils kostenlose Zertifikate aus – in Zukunft aber weniger.

Zwei Geldtopfe („Fonds“) für **Innovation und Modernisierung** wurden noch praller gefüllt – damit werden Klimaprojekte in ärmeren EU-Staaten finanziert und angebliche „Wunderwaffen“ der Klimarettung wie CO<sub>2</sub>-Abscheidung (*Carbon capture*) und Wasserstoff-Technologie. Im Klartext: Bekanntermaßen selbst aus Sicht der Alarmisten unnütze Technik, die zu teuer und zu ineffizient ist, wird mit Steuergeldern bezahlt. Die allgemein unbekannte „Marktstabilitätsreserve“ MSR reduziert automatisch Zertifikate, wenn zu viele auf den Markt geworfen werden, damit Preisabsturze verhindert werden.

Zusätzlich zu den traditionellen Energiesektoren *Kraftwerke (Strom)*, *Industrie* und *EU-Luftverkehr* werden nun auch die Schifffahrt und Gebäude+Verkehr einbezogen – für letztere soll ein eigenes System, **ETS2**, aufgebaut werden. Außerdem wurde ein neues Instrument eingeführt: Der

*Carbon Border Adjustment Mechanism*, deutsch Kohlenstoff-Grenz-Ausgleichsmechanismus für Importe aus dem Nicht-EU-Ausland, da fremde Produzenten ohne die EU-Kosten billiger anbieten können.

Der härteste Punkt der 4. Phase ist die **Verschärfung der Klimaziele**, die sogar „Fit for 55“ übertreffen: Bis 2030 (in vier Jahren ! also) sollen die CO<sub>2</sub>-Emissionen statt um 55% um 62% gegenüber 2005 sinken.

### **Das EU-Emissionshandelssystem 2 (ETS2) ab 2027**

Das ETS 2 erfaßt die beim ETS 1 noch nicht beachteten Sektoren Verkehr & Gebäude – hier werden die Bürger und Steuerzahler also direkt betroffen. Der Mechanismus ist derselbe wie beim ETS 1 – Cap and trade, begrenze und handele. Es wird also politisch-planwirtschaftlich festgelegt, wieviel CO<sub>2</sub> ausgestoßen werden darf – und diese Menge sinkt. Zahlen muß den Spaß am Ende der Verbraucher, aber nicht direkt – die Eintreibung erfolgt via Energieversorger und Kraftstoffanbieter. Die Mieter dürfen sich dann über noch höhere Heizkosten, und die Auto- und Brummifahrer über höhere Spritpreise freuen.

Welchen Vorteil hat angeblich das ETS2? Fahren und heizen mit „Fossilen“ wird teurer . „Alternativen“ wie E-Autos, Wärmepumpen und Dämmung der Hauswände wird attraktiver. Der Nutzen für die Umwelt ist längst bekannt: Negativ, da der Strom für Wärmepumpen zum Gutteil aus Kohle- und Gaskraftwerken kommt, und Häuserdämmung teils derart viele Emissionen zur Folge hat, daß es Jahrzehnte braucht, um das wieder einzusparen.

---

#### **\*LRF:**

Er gibt an, wie stark die Gesamtmenge an verfügbaren Emissionszertifikaten jedes Jahr reduziert wird.

- Der LRF ist ein jährlicher Prozentsatz.
- Er sorgt dafür, daß die erlaubten CO<sub>2</sub>-Emissionen kontinuierlich sinken.
- Dadurch wird CO<sub>2</sub> knapper und teurer, was Anreize zur Emissionsreduktion schafft.

Konkrete Werte:

- Bis 2020: ca. 1,74 % pro Jahr
- 2021–2023: 2,2 % pro Jahr
- Ab 2024 (verschärft durch Klimaziele): etwa 4,3 % pro Jahr
- Ab 2028 geplant: etwa 4,4 % pro Jahr

Der Emissionshandel – ein System ohne jede Wirkung, nur um Geld zu schröpfen

